

EU uneins

LUXEMBURG: Im Kampf gegen die illegale Einwanderung streiten die EU-Staaten wenige Tage vor dem Gipfel in Sevilla über das weitere Vorgehen. Die EU-Aussenminister konnten sich gestern in Luxemburg nicht darauf einigen, ob die Union nicht kooperierenden Drittstaaten Sanktionen androhen sollte. Der deutsche Bundesausserminister Joschka Fischer sagte: «In dieser Frage gilt es zu balancieren zwischen der humanitären Tradition der EU und der wirksamen Bekämpfung der illegalen Einwanderung.»

Mit Regierungsbildung beauftragt

PRAG: Nach dem Wahlsieg der regierenden Sozialdemokraten in Tschechien hat Staatspräsident Vaclav Havel gestern deren Parteichef Vladimír Špidla mit der Regierungsbildung beauftragt. Špidla sagte, er werde die Gespräche am Dienstagnachmittag aufnehmen. Die sozialdemokratische CS-SD gewann bei der Wahl am Freitag und Samstag 70 der 200 Sitze im Prager Unterhaus und ist damit auf Koalitionspartner angewiesen.

Falun-Gong-Mitglieder vor Gericht

HONGKONG: 16 Mitglieder der in China verbotenen Falun-Gong-Bewegung müssen sich erstmals ausserhalb der Volksrepublik vor einem Gericht in Hongkong verantworten. Die Angeklagten, unter ihnen vier Schweizer, bekannten sich nicht schuldig. Vorgeworfen wird ihnen unter anderem Widerstand gegen die Staatsgewalt und Erregung von öffentlichem Ärger. «Wir sind jedoch zuversichtlich, dass es zu einem fairen Prozess kommen wird», sagte der Schweizer Falun-Gong-Praktizierende Erich Bachmann.

«Tötet die Buren»

JOHANNESBURG: Rassistische Sprechchöre auf der Beerdigung eines ranghohen ANC-Politikers haben in Südafrika einen lebhaften Streit ausgelöst. Am Wochenende der Beerdigung wurden in Südafrika vier weisse Farmer überfallen. In Gegenwart von Präsident Thabo Mbeki hatten ANC-Anhänger bei der Beerdigung am Wochenende unbehelligt «Tötet die Buren, tötet die Farmer» skandiert, ein Schlachtruf, den der verstorbene Peter Mokaba verbreitet hatte.

Südafrikas Opposition reagierte gestern mit heftiger Kritik und kündigte eine Beschwerde bei der Kommission für Menschenrechte an. Gegebenenfalls sei auch eine Klage denkbar.

Vendrell neuer Sondergesandter

LUXEMBURG: Die EU hat gestern den spanischen Diplomaten Francesc Vendrell zum neuen Sondergesandten für Afghanistan ernannt. Er löst den Deutschen Klaus-Peter Kläiber ab, dessen Rücktritt nach sechsmonatiger Amtszeit bevorsteht. Vendrell war bis zum Januar zwei Jahre lang stellvertretender UN-Gesandter in Afghanistan. Zuvor war der 62-Jährige für die Vereinten Nationen unter anderem in Osttimor, Kambodscha und Birma tätig.

«Time»-Artikel zurückgewiesen

NEU-DELHI: Das Büro des indischen Ministerpräsidenten Atal Bihari Vajpayee hat gestern einen Bericht des Magazins «Time» zurückgewiesen, wonach der Regierungschef häufig bei Besprechungen einschläft. Ein Sprecher Vajpayees, Ashok Tandon, bezeichnet den Artikel in einem Brief an das Nachrichtenmagazin als lächerlich. Der Regierungschef habe einen vollen Terminkalender und ruhe sich nur nach dem Mittagessen ein wenig aus, sagte er.

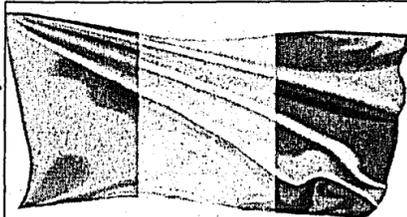
Astronautin Haignere neue Forschungsministerin

Chirac und Raffarin setzen nach Wahlsieg auf Kontinuität – Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament

PARIS: Nach dem Wahlsieg der Rechten in Frankreich hat Premierminister Jean-Pierre Raffarin gestern sein neues Kabinett gebildet. Nicolas Sarkozy bleibt als Minister für Innere Sicherheit Nummer zwei der Regierung, auch bei den anderen klassischen Ressorts setzten Raffarin und Präsident Jacques Chirac auf Kontinuität. Als politische Seiteneinsteigerin übernimmt die Astronautin Claudie Haignere das Ministerium für Forschung und Technologien.

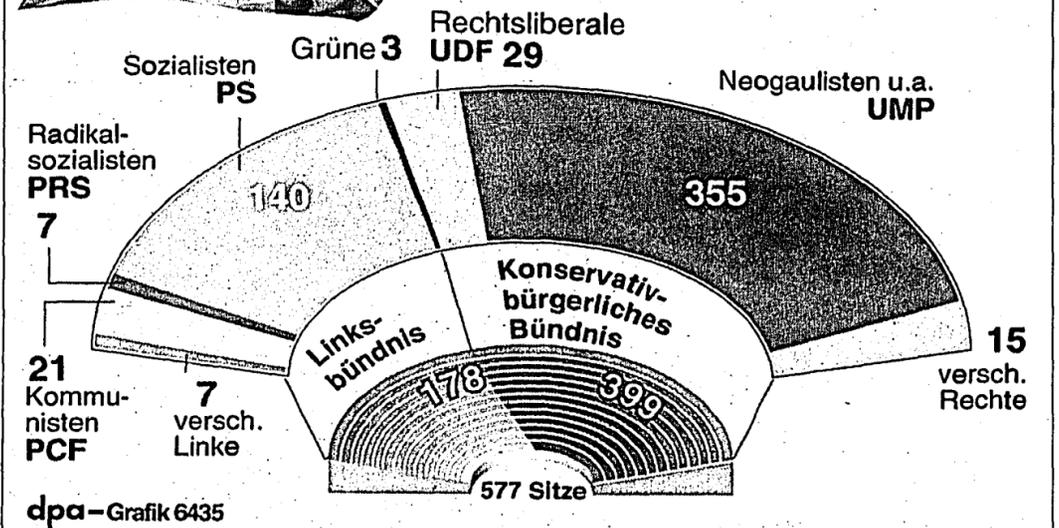
Der in eine Parteipendenaffäre verwickelte Europaminister Renaud Donnedieu de Vabres wird von Noelle Lenoir abgelöst. Chef des Aussenamts bleibt der Chirac-Vertraute Dominique de Villepin. Die RPR-Vorsitzende Michele Alliot-Marie wurde als Verteidigungsministerin ebenso bestätigt wie Dominique Perben (Justiz, RPR), Francois Fillon (Arbeit und Soziales, RPR) und der frühere Stahlmanager Francis Mer im Ressort Wirtschaft und Finanzen. Die Ernennungen gab das Präsidentschaftamt am Abend bekannt.

Die 45 Jahre Haignere war 1996 die erste Französin im All und flog im letzten Jahr als erste Europäerin zur Internationalen Weltraumstation ISS. Die neue Ministerin ist ausgebildete Ärztin und hat Erfahrungen in der medizinischen Forschung gesammelt. Die ehemalige Präsidentin des Europaparlaments, Nicole Fontaine, nimmt als Industrieministerin am Kabinettsitz Platz.



Frankreich hat gewählt

Zahl der Sitze in der neuen Nationalversammlung (bisherige Sitzverteilung)



Gerangel um Präsidentschaft

Der nach dem Wahlsieg Chiracs im Mai an die Spitze eines Übergangskabinetts berufene Raffarin reichte gestern Morgen traditionsgemäss im Elysee-Palast den Rücktritt seiner Regierung ein. Der Präsident ernannte den Rechtsliberalen umgehend wieder und billigte am Abend auch die Kabinettsliste.

Die neue Nationalversammlung wählt am Dienstag nächster Woche ihren neuen Präsidenten. Um das pres-

tigeträchtige Amt rivalisieren der ehemalige Premierminister Edouard Balladur und der ehemalige RPR-Fraktionschef Jean-Louis Debré. Regierungschef Raffarin hat angekündigt, dass das Parlament sich bereits im Juli auf einer Sondersitzung mit einer geplanten Steuersenkung und der traditionellen Amnestie nach der Präsidentschaftswahl beschäftigen soll.

Seine neue Regierung kann sich seit Sonntag auf eine breite Mehrheit im Parlament stützen. Chiracs Union für

die Präsidentschaftsmehrheit (UMP) stellt mit der verbündeten UDF mehr als zwei Drittel (399) der 577 Abgeordneten in der Nationalversammlung.

Die rechtsextremistische Nationale Front ging leer aus. Die Linken fielen auf 178 Mandate zurück. Die Sozialisten verloren gut 100 Sitze und sind nur noch 140 Abgeordneten vertreten. Prominenteste Opfer der Wahlschlappe sind die ehemalige Sozialministerin Martine Aubry und Ex-Europaminister Pierre Moscovici.

Schweizer Banken droht neue Milliardenklage

Zweistelliger Milliardenbetrag für Apartheid-Opfer gefordert – Banken weisen Vorwürfe zurück

ZÜRICH: US-Anwalt Ed Fagan nimmt erneut die Schweizer Banken ins Visier. Mit der Unterstützung des Apartheid-Regimes in Südafrika hätten sich die UBS und die CSG Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu Schulden kommen lassen, sagte Fagan gestern in Zürich.

«Die Zeit der Abrechnung ist gekommen», sagte Fagan. Firmen, die mit dem Apartheid-Regime kooperiert hätten, seien nicht weniger schuldig als die Polizisten, die auf Schwarze geschossen hätten. Ohne Unterstützung

westlicher Firmen hätte das Apartheid-System nicht funktioniert. UBS und Credit Suisse Group (CSG) hätten sich insbesondere nach dem Inkrafttreten der UN-Sanktionen gegen Südafrika von 1985 bis 1993 schuldig gemacht.

Die Sammelklagen gegen die beiden Schweizer Banken und die amerikanische Citicorp sollten gestern in New York eingereicht werden. Darin werden Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit geltend gemacht. Als Kläger gegen die Schweizer Banken tritt der Südafrikaner Siggibo Mpendolu auf, dessen Kin-

der Samora und Suddat 1993 getötet wurden.

Zweistelliger Milliardenbetrag

Ein genauer Betrag wird in der Klage nicht genannt. Fagan sprach von einem zweistelligen Milliardenbetrag. Neben individueller Wiedergutmachung forderte er die Einrichtung eines humanitären Fonds für den Wiederaufbau in Südafrika. Dafür sollten 80 bis 100 Milliarden Dollar, so viel wie die deutschen Reparationen für die Nazi-Opfer, zur Verfügung gestellt werden. Weitere Klagen gegen Firmen aus anderen Ländern seien in Vorbe-

reitung. Vor der Medienkonferenz in einem Hotel war ein Auftritt Fagans auf dem Paradeplatz von rund 50 Gegnern gestört worden. In den TV-Bildern könnten südafrikanische Bürger selber sehen, wie Apartheid-Opfer in Zürich am Reden gehindert würden, sagte Fagan. Der Anwalt war von der Mutter eines Apartheid-Opfers begleitet worden.

Die Schweizer Banken wiesen die Anschuldigungen zurück. Die Vorwürfe entbehrten jeder Grundlage, sagten Sprecherinnen von UBS und CSG auf Anfrage. Die Banken hätten sich jederzeit an die Vorschriften gehalten.

Kohl wieder dabei

CDU-Parteitag: Deutsche Christdemokraten zuversichtlich

FRANKFURT: Drei Monate vor der Bundestagswahl hat die CDU auf ihrem zweitägigen Parteitag Kampfgeist und Siegeszuversicht demonstriert. Die Partei nahm Altkanzler Helmut Kohl (Bild) nach der Spendenaffäre wieder in ihre Mitte auf.

Vor den rund 1000 Delegierten in Frankfurt sagte CDU-Chefin Angela Merkel, am 22. September werde Unions-Kandidat Edmund Stoiber von der Schwesterpartei CSU zum Bundeskanzler gewählt. Die Zeit von Rot-Grün sei einfach abgelaufen.

Zum ersten Mal seit Bekanntwerden des Spenden-Skandals Ende 1999 nahm Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl wieder an einem CDU-Parteitag teil. Kohl nannte in seiner Rede Stoiber einen hervorragenden Kanzlerkandidaten und lobte das Wahlprogramm.

Sichtlich ergriffen wies Kohl darauf hin, dass er nicht wieder für den Bundestag kandidiert, und dankte seiner Partei.



Souveränität soll zugestanden werden

JERUSALEM: Die Palästinenser haben in einigen wesentlichen Streitfragen des Nahostkonflikts Kompromissbereitschaft signalisiert. Nach einem der Nachrichtenagentur AP gestern zugegangenen Papier, das der palästinensische Kabinettsminister Nabil Shaath in der vergangenen Woche US-Aussenminister Colin Powell übergab, soll Israel die Souveränität über das jüdische Viertel der Jerusalemer Altstadt und die Klagemauer zugestanden werden.

Der Rest der Altstadt solle «unter palästinensischer Souveränität bleiben». In der Frage einer Rückkehr der Flüchtlinge wird in dem Papier eine «gerechte Lösung» angestrebt, ein Rückkehrrecht wird im Gegensatz zur früheren palästinensischen Haltung nicht ausdrücklich erwähnt. Der israelische Regierungssprecher Dore Gold erklärte, über Vorschläge für Friedensgespräche zu sprechen sei verfrüht. Zunächst müsse die Gewalt beendet werden.